2009/17 Ausland

https://jungle.world/artikel/2009/17/politisches-nachbeben

Erdbeben, Wiederaufbau und Camorra in Italien

Politisches Nachbeben

Von **Catrin Dingler**

In Italien wird gegen die systematische Verletzung der Baunormen ermittelt, die das Erdbeben in den Abruzzen zur Katastrophe werden ließ. Der Wiederaufbau droht nun ein lukratives Geschäft für die Camorra zu werden.

Erschütterungen der Erdoberfläche, die für Menschen verheerende Auswirkungen haben, werden als Naturkatastrophen bezeichnet. Wenn die katastrophalen Folgen eines Erdbebens jedoch auf gesellschaftspolitische Ursachen zurückzuführen sind, scheint die Bezeichnung unangemessen. Das Beben, das in der Nacht zum 6. April in den italienischen Abruzzen die Provinzhauptstadt L'Aquila und mehrere umliegende Dörfer mit einer Stärke von 5,8 Punkten auf der Richterskala erschütterte, hatte verheerende Folgen: 295 Menschen starben, Hunderte wurden verletzt, über 50 000 Menschen sind zurzeit obdachlos. Franco Barberi, ehemaliger Leiter des zivilen Katastrophenschutzes, ist sich jedoch sicher: »Ein solches Erdbeben hätte in Kalifornien nicht einen einzigen Toten zur Folge gehabt.«
L'Aquila lag seit Januar im Epizentrum einer seismischen Welle und hatte kontinuierlich Erdstöße mittlerer Stärke zu verzeichnen. Dennoch wies die Regierung Vorwürfe zurück, die Menschen nicht rechtzeitig evakuiert zu haben. Doch war das Unheil tatsächlich unvorhersehbar? Barberi hatte bereits 1999, als er noch im Amt war, ein detailliertes Dossier vorgelegt, demzufolge die öffentlichen Gebäude des erdbebengefährdeten italienischen Südens auf ihre Stabilität überprüft worden waren und hinsichtlich der Abruzzen ein »strukturelles Defizit« konstatiert worden war. Auf der Liste der inkriminierten Gebäude standen damals auch die Bauten, die nun eingestürzt oder vorerst unbenutzbar geworden sind: neben dem Studentenwohnheim und mehreren Schulen auch politisch wichtige Gebäude wie das Rathaus und die Präfektur.

Die Bilder von den Trümmerfeldern in L'Aquila offenbaren die wirkliche Ursache der Katastrophe. Aufgerissene Mauerwände und eingekrachte Stützpfeiler zeigen deutlich, warum die vermeintlich erdbebensicheren Stahlbetonkonstruktionen wie Kartenhäuser in sich zusammenfielen: Weder der Stahl noch die Betonmischung waren von vorschriftsmäßiger Qualität. Viele Gebäude waren auf Flächen errichtet worden, deren

geologischer Untergrund eine Bebauung eigentlich hätte verbieten müssen. Doch die »Ideologie des Ziegelsteins« hat in Italien über Jahrzehnte hinweg das Baugeschäft protegiert: Häufig konnten Baugenehmigungen gekauft und Kontrollen der Bauabnahme umgangen werden. Wiederholt wurden Bausünden mit Amnestien belohnt. Erst wenige Tage vor dem Erdbeben hatte die Regierung unter Verweis auf die Wirtschaftskrise einen Wohnungsbauplan vorgelegt, der unter anderem die seismologischen Sicherheitsvorschriften »vereinfachen« sollte, damit Bauvorhaben nicht »unnötig« verzögert würden. Der Gesetzesentwurf wurde nach dem Erdbeben sofort modifiziert. Regierungsvertreter beteuern nun, bei der Vergabe der Verträge für den Wiederaufbau unnachgiebige Strenge walten zu lassen. Man werde in den Abruzzen die Fehler der Vergangenheit nicht wiederholen. Die Versprechen klingen hohl: Italien hat eine Reihe von ähnlichen Erdbeben erlebt, die schwersten ereigneten sich 1968 im Tal von Belice auf Sizilien und 1980 in Irpinien, einer Bergregion östlich von Neapel. Insbesondere in Kampanien verhalf der Bauboom nach dem Beben einer neuen Camorra zum schnellen Aufstieg, und die immensen finanziellen Aufbauhilfen förderten den parteipolitischen Klientelismus, aus dem sich später ein korrupt-mafiöses Geflecht entwickelte.

Trotzdem ist es allein der Popularität des Bestsellerautors Roberto Saviano zu verdanken, dass die Gefahr der mafiösen Infiltration derzeit größere Resonanz erfährt. Saviano beschreibt die Abruzzen als Rückzugsgebiet flüchtiger Camorra-Bosse, die das Erdbeben noch reicher machen könnte. Doch schon seit längerem haben sich in der Region mafiöse Strukturen entwickelt. Eine parlamentarische Untersuchungskommission kam bereits Ende der neunziger Jahre zu dem Ergebnis, dass in den Abruzzen illegale Müllhalden angelegt wurden, und seit über einem Jahr ermittelt die Staatsanwaltschaft gegen eine Baugesellschaft, die im Verdacht steht, Mafiageld gewaschen zu haben. Drei verantwortlichen Gesellschaftern wird vorgeworfen, beim Bau einer Tourismusanlage in der Provinz von L’Aquila mit einer sizilianischen Scheinfirma zusammengearbeitet zu haben, deren Investitionen nachweislich aus dem versteckten Vermögen des inzwischen verstorbenen Mafiosos Vito Ciancimino stammen. Dieser war in den sechziger Jahren für die italienischen Christdemokraten als Baustadtrat in Palermo tätig und maßgeblich an einem der größten Spekulationsskandale der italienischen Geschichte beteiligt. Die Verbindungen der italienischen Politik zu illegalen Bauvorhaben reichen von den Nachkriegsjahren bis in die Gegenwart.
Italiens Ministerpräsident Silvio Berlusconi, vor seinem Einstieg in die Politik selbst einer der mächtigsten Bauunternehmer des Landes, sorgt sich nun, dass die gegen Unbekannt eingeleiteten Ermittlungen der Staatsanwaltschaft wegen fahrlässiger Tötung und einer fahrlässig herbeigeführten Katastrophe den Wiederaufbau behindern könnten. Der Vorschlag des nationalen Mafia-Ermittlers Piero Grasso, eine »Task Force« aus vier erfahrenen Mafia-Experten zu bilden, die sowohl die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft in L’Aquila unterstützen als auch die Auftragsvergabe für den Wiederaufbau kontrollieren könnten, wurde nur zögernd aufgegriffen. Die Regierung tendiert vielmehr dazu, die Verwaltung des Ausnahmezustands einem mit außerordentlichen Rechten ausgestatteten Sonderkommissar zu überlassen. Damit würde jene Kommissariatspolitik fortgesetzt, die in den vergangenen Jahrzehnten in Kampanien zu der folgenschweren Verflechtung von Camorra, privater Bauindustrie und politischer Verwaltung geführt hat.

© Jungle World Verlags GmbH